

## Erinnerung(en), Geschichte, Identität

---

### I.

---

Lernen aus der Geschichte setzt voraus, dass Geschichte gelehrt wird. Der Topos, man müsse aus der Geschichte lernen, ist alt – schon Cicero sagte: *Historia magistra vitae*. Aber wo eine These ist, findet sich auch eine Antithese, beispielsweise bei Winston Churchill: Das einzige, was man aus der Geschichte lernen könne, sei, dass man nichts aus ihr lerne: Dem Optimismus früherer Zeiten steht hier der Skeptizismus des 20. Jahrhunderts gegenüber. Und ebenso verhält es sich mit der Erinnerung: Der Erfahrung, dass ein Mensch, der sein Gedächtnis verliert, auch seine Identität verliert, steht Friedrich Nietzsches Diktum gegenüber: „Gesund ist, wer vergisst.“ Und auf die kollektive Erinnerung übertrug Thomas Jefferson diese Einschätzung, wenn er am Ende des 18. Jahrhunderts schrieb, die Toten hätten kein Recht gegen die Lebenden. Wir aber ziehen heute die gegenteilige Schlussfolgerung: krank ist, oder krank wird, wer verdrängt.

Doch so eindeutig, wie diese Position erscheint, ist sie nicht. Weder sind Erinnerungen schon Erinnerung, noch Geschichten schon Geschichte: Erinnern und Vergessen stehen in einem direkten Zusammenhang. Und auch der Begriff der „Identität“ einer Nation ist ein zumindest fragwürdiger Begriff. In jedem Fall gilt aber: Es gab und es gibt keine Hochkultur, die ohne historische Erinnerung auskäme. Kultur ohne Geschichte ist theoretisch undenkbar und praktisch unmöglich; selbst der radikalste Neuerer oder Revolutionär setzt sich mit dem Bestehenden und Vorangegangenen auseinander, ist in seinem Bewusstsein und Handeln also historisch bedingt. Der Geschichte können wir nicht entrinnen – diese Feststellung ist banal, aber trotzdem wahr; daher kommt es nicht darauf an, ob eine Gesellschaft sich ihrer Geschichte stellt, sondern wie sie es tut. „Erst im Gedächtnis formt sich die Wirklichkeit“, schrieb Marcel Proust.

---

*Erweiterte Fassung eines Vortrags im Rahmen des Europarats-Projekts „Lernen und Lehren der Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts“ im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 23. März 2001.*

Es ist ein entscheidender Unterschied, ob eine Gesellschaft aus der Tradition lebt, ob die Alten in ihr als die Weisen gelten und die Normen bestimmen, ob das alte Recht – wie in der mittelalterlichen Geschichte – den Rechts- und Werthorizont bestimmt oder das jeweils Neue, also das Postulat des Fortschritts zur Norm und zum Bewegungsgesetz einer Gesellschaft wird. Die „querelles des anciens et des modernes“ belegten im Frankreich des 17. Jahrhunderts diese Wendung: Seit der Aufklärung – die bei allen nationalen Ausprägungen eine der großen gemeineuropäischen Bewegungen gewesen ist – wird die frühere Leitkategorie der Herkunft durch die der Zukunft verdrängt. Trotz aller „Modernitätsmüdigkeit“, von der der große Basler Kulturhistoriker Jacob Burckhardt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ergriffen wurde, hat sich bis heute nichts Wesentliches an der Dominanz des Fortschritts als Leitbegriff geändert – dies setzt jeglichen Konservatismus einem ständigen Legitimationsdruck aus.

Trotzdem erschütterte gerade das 20. Jahrhundert – wie kaum ein Jahrhundert zuvor – den bisherigen Fortschrittsoptimismus, und nicht zufällig nannten Theodor W. Adorno und Max Horkheimer ihr berühmtes Buch von 1947 „Dialektik der Aufklärung“: Obwohl sie weder etwas von der Entschlüsselung des Genoms noch der Möglichkeit des Klonens von Lebewesen wissen konnten, und auch George Orwells negative Utopie „1984“ erst ein Jahr später erschien, hatte die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts die beiden ursprünglich marxistischen Philosophen doch die Fragwürdigkeit geschichtsphilosophischer Ideologien gelehrt, die den Fortschritt und die „Verbesserung des Menschengeschlechts“, wie man im 18. Jahrhundert sagte, als unausweichliches Ergebnis der Geschichte ansahen. Ganz im Gegenteil hatte sie schon der Erste Weltkrieg – nach den Worten George F. Kennans die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ – gelehrt, zu welchen Schrecken die unbegrenzte technische Machbarkeit und der nicht mehr beherrschbare technische Fortschritt führen können. Doch erwiesen sich die zehn Millionen Toten des Ersten Weltkriegs – in der historischen Erinnerung der Franzosen lange Zeit der „große“ Krieg, „la Grande guerre“ genannt – im

Rückblick lediglich als eine Vorstufe für die 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkriegs.

---

## II.

---

Nach 1945 konnten weder die Erinnerungen des Einzelmenschen, noch das „kollektive Gedächtnis“ – wie es der französische Soziologe Maurice Halbwachs, allerdings nicht unbestritten, genannt hat – bleiben, wie sie vorher waren. Die Exzesse der beiden totalitären Ideologien, die den Massennord an Millionen von Menschen verursachten und mit Scheinlegitimationen den Tätern und Mitläufern dabei auch noch ein gutes Gewissen verschaffen wollten, haben nicht nur die Welt verändert, sondern auch die historische Erinnerung. Wenn Theodor W. Adorno einst bemerkte, nach Auschwitz könne man keine Gedichte mehr schreiben, und die Zeitgeschichtsforschung nach 1945 durchaus auch mit der Frage konfrontiert war, ob man dann noch Geschichte schreiben könne, so wird das Problem deutlich: Auch wenn weiterhin Gedichte und Geschichte geschrieben wurden, stellte Auschwitz doch die seit dem 18. und 19. Jahrhundert gültige Prämisse moderner Geschichtswissenschaft fundamental in Frage, historische Ereignisse, Personen, Entwicklungen müssten aus ihren je spezifischen Voraussetzungen und nicht nach den späteren Urteilkategorien verstanden werden.

Aber nicht nur das: Im 20. Jahrhundert dominiert nicht mehr eine positiv bewertete Erinnerung, sondern eine negative: Die Gedächtnisorte sind (jedenfalls bis zum Zusammenbruch der Diktaturen kommunistischer Provenienz) keine Freiheitsstatuen oder Orte mehr, an denen Freiheit und Menschenrechte erkämpft wurden, sondern an denen sie auf schaurige Weise mit Füßen getreten wurden. Erinnerungsorte dienen folglich auch nicht mehr der Verherrlichung militärischer Siege oder der historischen Größe wie bei Napoleonendenkmälern in Frankreich, den Bismarcktürmen im kaiserlichen Deutschland, Garibaldistatuen in Italien, den Marx- oder Leninstatuen, die nach 1989/90 größtenteils vom Sockel gestürzt wurden, sondern sie sind vielmehr Orte des Gedenkens an grauenhafte Verbrechen. Der damalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, bemerkte in der ersten Diskussionsphase über das geplante Holocaust-Mahnmal in Berlin lakonisch, in Deutschland gebe es genügend authentische Orte, die an die Massenverbrechen der NS-Diktatur gemahnten.

Das von der Bundeszentrale für politische Bildung zuerst 1987 herausgegebene Handbuch „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ umfasst in seiner 2. ergänzten Auflage von 1995 allein für die „alten“ Bundesländer insgesamt 840 Seiten. Es handelt sich bei den hier dokumentierten Tausenden von Gedenkstätten um so genannte Opferorte, auch um ehemalige Konzentrationslager, beispielsweise bei Dachau, Buchenwald, Bergen-Belsen, Sachsenhausen, und in Bezug auf die von Deutschen während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebiete um Vernichtungslager wie Auschwitz, Maidanek, Treblinka. Wie nie zuvor in der Geschichte prägten und prägen diese schrecklichen Ereignisse die Erinnerung an die Shoah: Jüdische Identität ist seitdem ohne dieses singuläre Grauen nicht erfahrbar. Und auf andere Weise stand die Demokratiegründung in Westdeutschland und das historische Selbstverständnis der Deutschen nach 1945 im Bann von Auschwitz, das als schreckliche Realität im Bewusstsein bleiben muss und zum Symbol der historischen Erinnerung schlechthin wurde. Stärker als je zuvor sind – wenn auch auf gegensätzliche Weise – jüdische und deutsche Identität aneinander gekettet. Dies unterscheidet historische Erinnerung in Deutschland grundsätzlich von derjenigen der (west)europäischen Nachbarn. Deutschland hatte zudem die Erfahrung beider totalitären Diktaturen, bevor sich mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 die Demokratie zunächst im Westen und dann seit der Wiedervereinigung in Gesamtdeutschland der demokratische Rechtsstaat durchsetzte. Aus dieser Geschichte erwuchs, wie Jorge Semprun bemerkt hat, eine besondere deutsche Verantwortung für die historische Erinnerung.

Der Gegenbegriff „Täterort“ ist nützlich zur Unterscheidung, wenn er Orte wie die „Topographie des Terrors“ oder das Haus der Wannseekonferenz in Berlin, das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, schließlich den damals zum zweiten Regierungssitz ausgebauten Obersalzberg bei Berchtesgaden meint: Hier hat das Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Freistaats Bayern nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte 1995 eine Dokumentation erarbeitet, die erstmals alle Kernelemente des nationalsozialistischen Regimes in Form einer Ausstellung und mit einem Begleitband unter dem Titel „Die tödliche Utopie“ darstellt: die Theorie und Praxis der Volksgemeinschaftsideologie, die rassistische antisemitische Ideologie, die Propaganda, die Herrschaftsstruktur, den Terrorapparat, Ausgrenzung, Diffamierung und Verfolgung von Minderheiten

und Regimegegnern, den mehr als sechsmillionenfachen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung aus 18 europäischen Staaten, den Zweiten Weltkrieg und den Widerstand.

Trifft am Obersalzberg die Bezeichnung „Täterort“ zu – weshalb es sich hier auch nicht um ein Denkmal, sondern um eine Dokumentation handelt –, so ist die Unterscheidung generell nicht ganz unproblematisch, weil ein Ort der Opfer ohne Täter natürlich nicht denkbar ist. Trotzdem gibt es eine Differenz: Nahezu immer verbindet sich eine Ausstellung an diesen Orten mit einer Gedenkstätte, wengleich es auch reine Gedenkstätten gibt, beispielsweise die Hinrichtungsstätte von Angehörigen des deutschen Widerstands gegen die nationalsozialistische Diktatur in Berlin-Plötzensee. In Yad Vashem (Jerusalem) verbinden sich verschiedene Aufgabenbereiche: eine Gedenkstätte, eine Ausstellung, ein Archiv und ein Forschungsinstitut.

---

### III.

---

Wir stoßen hier mit dem Begriff „Erinnerung“ aber auf ein grundsätzliches Problem: Zwar wird häufig von Orten der Erinnerung gesprochen, doch können sich im strengen Sinn nur diejenigen erinnern, die an diesen Orten auch waren, beispielsweise die noch lebenden Angehörigen der Lagergemeinschaft Dachau. Angesichts der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung – und dies gilt analog auch für die anderen Staaten – vermindert sich die Zahl derjenigen, die persönliche Erinnerungen an die Zeit vor 1945 haben, ständig. 1999 waren weniger als fünf Millionen Bundesbürger – bei einer Gesamtzahl von 82 Millionen – 75 Jahre und älter, das sind etwa sechs Prozent. Mit anderen Worten: 94 Prozent der heutigen Deutschen lebten 1945 noch nicht oder waren unter 20 Jahre alt; über 80 Prozent der heute lebenden Deutschen sind überhaupt erst nach dem Kriegsende 1945 geboren worden.

Die persönlichen Erinnerungen werden also immer mehr durch historische Kenntnis – leider oft auch durch Unkenntnis –, in jedem Fall aber durch eine rekonstruierende oder mahnende Form ersetzt. Eine Ausstellung, ein Museum, ein Denkmal treten an die Stelle der unauflöselichen Verbindung der persönlichen Erfahrung von Betroffenen mit dem authentischen Ort ihres Leidens. Allerdings kann und muss die Aura dieser Orte für das

mahnende Erinnern an die Opfer genutzt werden; dies kann aber nicht ohne Information geschehen.

Ein anderer Aspekt ist, dass die individuelle Erinnerung immer nur subjektiv und selektiv sein kann. Das gilt nicht allein für schreckliche Erinnerungen, sondern ebenso für positive oder banale Vorgänge. Der Historiker hat damit seine Not: Sind Zeitgenossen grundsätzlich überzeugt, mehr über ihre Zeit zu wissen als der Historiker, gilt tatsächlich doch zumeist das Gegenteil – allein schon deshalb, weil es zu jeder Zeit eine unendliche Fülle von Schauplätzen, Vorgängen und Personen gibt, von denen auch der aufmerksamste Zeitzeuge nur einen Bruchteil kennen kann. Und vor allem: Nie kennt der Zeitgenosse die Wirkungen, die ein Geschehen auslöst und die erst der Historiker aus der Distanz beurteilen und erklären kann; nie kennt er die wichtigsten Quellen auch nur für zentrale Vorgänge, nie kennt er die komplexen Dimensionen wichtiger historischer Ereignisse und Entwicklungen, sondern eben nur Einzelerfahrungen und Einzelwahrnehmungen, die sich zu persönlich gefärbten Erinnerungen, nicht aber zu *Erinnerung* verdichten – historisch objektivierter Erinnerung ist ein späterer, reflektierter Vorgang.

Geschichte und damit die Erinnerung ist also zumal für die späteren Generationen nicht unmittelbar „gegeben“, sondern sie wird an Originalschauplätzen oder in Museen und Ausstellungen, vor allem aber in wissenschaftlichen Werken rekonstruiert. Neben die historischen Überreste in Form schriftlicher und sächlicher Quellen tritt die Tradition, die bewusst gebildet wird. Die Vergegenwärtigung der Geschichte durch den Historiker ist eine empirische, systematische, kontrollierte Rekonstruktion und Interpretation – eine auf den jeweiligen Kontext, aber auch auf Ursache und Wirkung bezogene Einordnung historischer Phänomene, Ereignisse, Personen und Entwicklungen. In den Ausstellungen und Museen werden durch Arrangement, Erläuterungen und Konzeption aus ihrem historischen Kontext isolierte Exponate auf der Basis der historischen Forschung wieder in einen Zusammenhang gestellt, doch handelt es sich bei der musealen Rekonstruktion nicht um ein „gegebenes“ räumliches, zeitliches oder ursächliches Kontinuum.

Diese wissenschaftlich fundierte, bewusst auf Vermittlung gerichtete Form der Erinnerung ist allerdings nicht die einzige – leben doch fragmentarische Elemente der Überlieferung im kollektiven Gedächtnis von Nationen und Gesellschaften fort, bestimmen doch mindestens ebenso sehr Legende und Mythen, schließlich sogar zweckgebundene

politische Instrumentalisierung der Geschichte das historische Bewusstsein, was auch für die Gegenwart demokratischer Staaten gilt. Ein Beispiel unter anderen bildet jüngst in Deutschland die Geschichtsklitterung, dass eine demokratische, weltoffene politische Kultur und Rechtsstaatlichkeit erst seit 1968 hätte erkämpft werden müssen – als ob nicht Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Parlamentarismus, Westintegration und auch kritische Erinnerung an die diktatorische Vergangenheit tatsächlich bereits seit 1945 bzw. 1949 die Bundesrepublik charakterisierten. Die Inanspruchnahme historischer Erinnerung – angemessener wie falscher – für die Politik stellt denn auch selbst in demokratischen Gesellschaften, wo es ein offizielles, verordnetes Geschichtsbild nicht geben kann und die Wissenschaft frei ist, ein Problem dar.

Geschichtliche Erinnerung wird nicht allein durch die Historiker betrieben, sondern zum nicht geringen Teil durch die Medien, denen folglich eine erhöhte Verantwortung zukommt. Wie die Fülle der Gedenktage oder Jubiläen aus Anlass von „runden“ Geburts- oder Todestagen, jüngst etwa ein neues Preußenjubiläum (1701), zeigt: Nichts entzieht sich heute auch Gefahren der Banalisierung oder ideologischen Trivialisierung. Die beliebige, z.T. künstliche Aktualisierung von historischer Erinnerung lässt sie oftmals zum Unterhaltungsartikel verkommen. Geschichte „gehört“ nicht in erster Linie mehr den Historikern oder den historisch Gebildeten. Schon Marc Bloch hat einst in seiner „Apologie der Geschichte“ bemerkt: Selbst wenn Geschichte auch zu nichts anderem gut sei, so sei sie doch unterhaltsam.

Doch ist dies nicht das einzige Problem: Nicht allein Zeitgenossen und Betroffene haben oft differente Erinnerung, vielmehr differiert die Erinnerung an den gleichen Vorgang, an den gleichen Ort der Erinnerung nach Epochen und Nationen, oft auch sozialen Gruppen. Sedan bedeutet für Franzosen und Deutsche unterschiedliches; der Sedanstag, der 2. September 1870, an dem preußische Truppen das französische Heer schlugen und Kaiser Napoleon III. gefangen nahmen, wurde im deutschen Kaiserreich zum Feiertag, in Frankreich zum Trauertag. Heutigen Generationen, sofern sie nicht Historiker sind, sagt der Tag kaum noch etwas oder gar nichts mehr. Stalingrad und die Niederlage der deutschen Armee zu Beginn des Jahres 1943 hat für Russen und Deutsche selbstverständlich eine unterschiedliche Bedeutung und lebt für die französische Öffentlichkeit als Pariser Metro-Station fort. Der Spiegelsaal von Versailles

sowie Verdun bündelten symbolisch buchstäblich die Probleme der deutsch-französischen Geschichte und wurden für beide Nationen zum Symbol bzw. im Falle Verduns zu einem Alptraum gegenseitiger Vernichtung, aus dem erst zwei Generationen später die Lehre gezogen wurde.

Wir haben uns angewöhnt, und auch ich habe den Begriff verschiedentlich verwendet, von der Identität einer Nation zu sprechen. In unserer Thematik meint dies Identität, die durch historische Erinnerung geformt wird. Tatsächlich aber handelt es sich hier um eine höchst problematische Vereinfachung. Ist schon die Identität eines Individuums viel zu komplex, als dass sie mit diesem Singular erfasst werden könnte, so gilt dies in weit stärkerem Maße für Kollektive oder gar eine ganze Nation. Die kollektive Identität, auch die nationale, prägt das Individuum ebenfalls. Die Identität jedes einzelnen Menschen ergibt sich aus dem Schnittpunkt ganz verschiedener Rollen und Rollenerwartungen individueller, sozialer, regionaler und nationaler Provenienz: Er gehört zu einer bestimmten Generation, einer bestimmten Konfession, einer Nation, einer sozialen Gruppe, einem Berufsstand, einem bestimmten Bildungshorizont – während seines Lebens wechseln die Lebenssituationen, vom Kind wird er zu Vater oder Mutter, vom Schüler zum Lehrer, vom Jugendlichen zum Rentner usw. – kurz, die Identität bleibt während eines Lebens nicht unverändert. In gewisser Weise hat der Mensch sogar mehrere Identitäten, die Perzeption der Vorgänge seines eigenen Lebens (aber auch historischer Phänomene) wandelt sich: Max Frischs Romane „Stiller“ und „Mein Name sei Gantenbein“ zeigen auf literarische Weise die Problematik der Identität. Von nur *einer* konsistenten Identität zu sprechen birgt die Gefahr nicht nur einer Vereinfachung, sondern vielleicht auch eines totalitären Anspruchs.

Zwar gibt es Schlüsselereignisse, die das Selbstverständnis einer Nation prägen – in Frankreich etwa die Französische Revolution von 1789 –, doch wandelt sich oftmals die Erinnerung an sie. Die Deutschen haben aufgrund der Teilung bis 1989 auch eine geteilte Vergangenheit in ihrer jüngsten Zeitgeschichte. Es ist aber nicht die Vergangenheit, es ist die Gegenwart, die jeweils den Symbolwert von Personen und Ereignissen und die spezifische historische Erinnerung definiert. Die Gegenwart wählt aus der Geschichte aus, was sie interessiert; das formt das historische Gedächtnis – jenseits der in jedem Fall umfassenden Arbeit des Historikers. Kontinuität und Wandel nationaler Erinnerungssymbolik werden z. B. in dem von Pierre Nora herausgegebenen siebenbändigen Pio-

nierwerk „Lieux de mémoire“ an 130 sehr aussagekräftigen Beispielen dokumentiert. Das Werk „Deutsche Erinnerungsorte“, das Etienne François und Hagen Schulze herausgeben und dessen erster Band soeben erschienen ist, versteht den Begriff „Erinnerungsort“ als Metapher; insgesamt sollen die drei geplanten Bände 120 einschlägige Artikel enthalten.

---

#### IV.

---

Im Laufe der Geschichte treten immer wieder neue Prägungen der Erinnerung hinzu, von denen zuvor niemand etwas ahnen konnte, andere verlassen. Jede Nation hat folglich nach Zeit und Region wechselnde oder modifizierte, jedenfalls mehrere Identitätsbezüge, und während einzelner Epochen sind sie ständigem Wandel unterworfen. Hierzu zählt auch ein Wertewandel zwischen den Generationen, der seinerseits mit einem Wandel historischer Erinnerung verbunden ist. Historische Erinnerungen unterliegen einer ständigen Neukonstituierung. In ihr müssen auch die Erinnerungen des 20. Jahrhunderts fortleben – die Erinnerung sollte aber nicht allein durch die Katastrophen geprägt werden, sondern auch durch die Erinnerung daran, welche politischen und moralischen Konsequenzen aus ihnen gezogen worden sind.

Ein Beispiel dafür, wie Erinnerungen sich verschieben bzw. verschoben werden, bildet der 8. Mai 1945. In regelmäßigen Abständen wird aus diesem historischen Datum neben dem angemessenen Gedenken leider zugleich auch ein politisches Geschäft gemacht. Diejenigen, die die historischen Schlüsselereignisse, die Katastrophen instrumentalisieren und auf nur *eine* Dimension verkürzen, scheuen sich nicht um die gerade Zeithistorikern geläufige Einsicht, wie gefährlich die politische Legendenbildung über historische Vorgänge sein kann. So hat bekanntlich die „Dolchstoßlegende“ der extremen Rechten nach dem Ersten Weltkrieg erheblich dazu beigetragen, die Weimarer Demokratie zu diskreditieren.

Nach einer Meinungsumfrage waren 1995 ungefähr 80 Prozent der Deutschen der Meinung, der 8. Mai 1945 sei ein Tag der Befreiung gewesen. Zweifellos liegt hier ein Lernprozess vor. Und doch muss bedacht werden: Im Jahre 1945 wäre wohl das Ergebnis einer solchen Umfrage eher umgekehrt ausgefallen. Was aber trifft zu? Die Erinnerung der unmittelbaren Zeitgenossen oder

die der Nachlebenden? Für beide Einschätzungen gibt es Gründe, das Datum und sein Symbolwert ist und bleibt ambivalent. Die Einschätzung des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss, trifft den Kern: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir vernichtet und erlöst in einem gewesen sind.“

Dem Zeithistoriker braucht man nicht zu sagen, dass der 8. Mai 1945 ohne den 30. Januar 1933 nicht zu denken ist. Nach Ursache und Wirkung in der Geschichte zu fragen zählt zu seinem täglichen Geschäft. Doch aus dieser ebenso banalen wie unbestreitbaren Tatsache abzuleiten, man dürfe das Leid der „Täter“ nicht mit dem der Opfer in einem Atemzug nennen, vermengt unterschiedliche Probleme und ist außerdem zynisch. Verfehlt ist diese Bemerkung deshalb, weil sie eine Kollektivschuld der Deutschen behauptet, die weder historisch noch juristisch, noch ethisch existiert. Dies ist ein Beispiel dafür, dass heute zum Teil unsachlicher diskutiert wird als früher – haben wir diese Debatte doch schon mit allen guten und schlechten Argumenten vor vierzig, fünfzig Jahren geführt, mit dem eindeutigen Ergebnis, dass Schuld immer nur individuell zu bemessen ist.

Eine solche Zurückweisung der Kollektivschuld-These ändert allerdings nichts an der politischen Verantwortung bzw. der politischen Haftungsgemeinschaft der Deutschen; sie mindert auch nicht die Schuld derer, die die grauenhaften Verbrechen des NS-Regimes begangen, angeordnet oder begünstigt haben. Die Ablehnung der Kollektivschuld-These ändert auch nichts an der moralischen Mitverantwortung derer, die weggesehen haben, wo ihnen – wenn auch oft nur im Kleinen – Hilfe möglich gewesen wäre. Aufgabe des Historikers ist stets, zu differenzieren. Er muss sowohl das Verhalten Einzelner als auch dasjenige sozialer Gruppen untersuchen; er muss das Spannungsverhältnis von Individuum und Gesellschaft, einzelner Entscheidungen und überindividueller gesellschaftlicher Strukturen analysieren – seien sie nun zeitlich begrenzt oder von langer historischer Dauer.

Behaupten wir also, die Deutschen seien kollektiv Täter gewesen, so müssen wir uns die Tatbeteiligung ansehen. Unbestreitbar ist, dass die überwältigende Mehrheit der Zivilbevölkerung, die in den letzten Kriegsjahren und -monaten Opfer der Bombenangriffe auf deutsche Städte wurde, nicht an Verbrechen des Regimes beteiligt war. Auch die politische Verantwortung, 1932 oder 1933 NSDAP

gewählt zu haben, betrifft nur einen Teil, wenngleich die Reichsweit von der NSDAP am 5. März 1933 erzielten 43,6 Prozent der Stimmen sehr hoch sind. Ein Exempel mag für die genannte Problematik genügen. So haben ungefähr 80 Prozent der Kölner bei den letzten freien Reichstagswahlen nicht für, sondern gegen die NSDAP gestimmt; als ihre Stadt im Zweiten Weltkrieg völlig zerstört wurde, wurden sie gleichsam in Haftung genommen für ein politisches Regime, das sie nicht verursacht hatten. Sie wurden zu Opfern, obwohl die übergroße Mehrheit unter ihnen nicht einmal im weitesten Sinne als Täter zu bezeichnen war. In Berlin, wo es ebenfalls nur eine unterdurchschnittliche Zustimmung zur NSDAP gab, erwiesen sich vielleicht einige Tausend Menschen als Helden, weil sie trotz persönlicher Gefährdung durch den Terror des Regimes oppositionelle Handlungen begingen, beispielsweise von Deportation und Tod bedrohte jüdische Mitbürger versteckten. Sicher handelte es sich – wie immer bei Helden – um eine kleine Minderheit, aber auch sie starben später wie Hunderttausende andere bei den britischen und amerikanischen Bombenangriffen überwiegend auf die Wohnquartiere in den Großstädten, ebenso wie die schätzungsweise mehr als zwei Millionen Menschen – vor allem Frauen, Kinder und Greise –, die wie die Opfer des NS-Regimes unschuldig waren, aber auf der Flucht vor der Roten Armee bzw. durch direkte Gewalteinwirkung während der Vertreibung umkamen. Sie hatten weder in Oradour-sur-Glane noch in Lidice, noch in Auschwitz oder Bergen-Belsen gemordet; sie sind an dem vom NS-Regime begangenen deutschen Verbrechen unschuldig, sie sind keine Täter.

Die moralisch außerordentlich problematische Argumentation, alle deutschen Opfer pauschal den wirklichen Tätern zuzurechnen, ist aber auch politisch fatal, weil sie eine Form von umgekehrter „Sippenhaft“ konstruiert; sie ist zynisch, weil sie über das Leid von Millionen hinweggeht, als existierte es nicht (und damit buchstäblich über Leichen geht); sie ist agitatorisch, weil sie die Nennung von historischen Fakten als „Aufrechnung“ bezeichnet. Denn natürlich kann kein Verbrechen durch ein anderes gerechtfertigt werden, natürlich können Hitlers Verbrechen nicht durch diejenigen Stalins entschuldigt werden, natürlich darf die Erinnerung an Auschwitz und die Analyse der Ursachen, die zu diesem unvorstellbaren Massenmord geführt haben, durch Vergleiche nicht verdrängt oder verharmlost werden. Doch darum geht es der kritischen historischen Analyse keineswegs – auch dann nicht, wenn sie komparativ verfährt.

Gegen die beliebige Verfügbarkeit der Geschichte – die als Kehrseite unbegrenzter Machbarkeit der Geschichte erscheint –, gegen ihre politische Instrumentalisierung oder auch ihre selbstgerechte Nutzung durch die nachfolgende Generation, der Glück oder Zufall die moralische Bewährung in einer Diktatur erspart hat, muss der Historiker – zumal der Zeithistoriker – zunächst darauf bestehen, dass er seine Wissenschaft zu keinem anderen Zweck betreibt als dem, wissen zu wollen, wie es eigentlich gewesen ist. Er will die Epochen und historischen Phänomene, Persönlichkeiten oder sozialen Gruppen, ihre Strukturen und Mentalitäten im Horizont *ihrer* Zeit verstehen; er will Ursachen analysieren und Wirkungen erklären, will Veränderungen erkennen, aber auch Kontinuitäten. Dies mag ein altmodisches Verständnis von der Aufgabe des Geschichtsschreibers sein, aber worin liegt der Unterschied zu „modernen“ Auffassungen? Zunächst einmal darin, dass Vergangenheit nicht bloß der Gegenwart dient. Tatsächlich ist es die Verkürzung der Geschichte, die ihre heutige Medien-Konjunktur so problematisch macht – wird der Mensch, der in einer bestimmten Epoche gelebt hat, doch auf diese Weise um etwas Wesentliches gebracht, nämlich dass seine Biographie immer von der Zeit geprägt wird. Wir wollen alles Vergangene an *unseren* Maßstäben messen, denen der Nachgeborenen, die in der Tat vieles besser wissen, weil sie Nachgeborene sind und deshalb die Zusammenhänge und das Ende kennen. Dies ist tatsächlich eine wesentliche Voraussetzung historischer Interpretation, kann man doch historische Vorgänge nur aus der Kenntnis der Folgen und aus der Distanz angemessen erfassen – aber dies ist nur eine der notwendigen Dimensionen historischer Erkenntnis. Moralische Urteile ex post aber dürfen nicht allein in ihrer ethischen Begründung, sondern sie müssen auch in ihrer historischen Begrenztheit gesehen werden, wie nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und den in ihr Lebenden zeigt.

Heinrich von Treitschke, der zwar als politisch streitbarer Publizist die öffentliche Meinung beeinflussen wollte, aber als Historiker des 19. Jahrhunderts weniger für die Kollegen als für ein gebildetes, bürgerliches Publikum schrieb, dem der Selbstzweck der Geschichtsforschung noch nicht fremd geworden war, zählte die Historie mit der Philosophie und der Dichtung zu den drei idealen Zweigen der Literatur. Dies könnte man, ohne auf Widerspruch zu stoßen, auch heute noch in Frankreich schreiben, und vermutlich gilt es in vergleichbarer Weise in Großbritannien oder Italien. Treitschke vertrat die Meinung: „Der darstel-

lende Historiker muss, sobald er seinen Rohstoff gesammelt hat, von dem Späteren auf das Frühere zurückschließen und sich in der Stille fragen, welche dieser ungezählten Ereignisse, von denen er doch nur einen Ausschnitt geben kann, wahrhaft fördernd oder hemmend auf die neuen Gestaltungen des Lebens eingewirkt haben; dann erst kann er mit Klarheit das Wesentliche nach der Zeitfolge erzählen. Dem Dilettanten, der die wissenschaftliche Geduld niemals lernt, scheint diese dreifache Arbeit zu langweilig; er bleibt auf der zweiten Stufe stehen, er sucht das Vergangene aus dem Gegenwärtigen zu erklären und stellt die Geschichte damit kurzerhand auf den Kopf.“

Hinzu kommt etwas Weiteres: Eine Fragmentierung der Erinnerung, die bestimmte Bereiche und Fakten aus gegenwärtigen politischen Gründen ausklammert oder gar tabuisiert, ist nicht allein geschichtswissenschaftlich verfehlt, sondern letztlich auch politisch: Eine Tabuisierung oder gar Verdrängung historischer Vorgänge wird einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft nicht gerecht. Und die Erfahrung lehrt, dass sie ohnehin nicht dauerhaft gelingen kann. Schwerwiegende Beispiele dafür gibt es nicht allein bei uns; die heutige schmerzhafteste Diskussion in Polen über Jedwabne ist nur ein Fall unter vielen. Man kann nicht zugleich gegen das Vergessen und *für* das Vergessen sein. Es ist zutiefst inhuman, über das Leiden einer ganzen Generation selbstgerecht hin-

wegzugehen. An das völkerrechtswidrige barbarische Bombardement von Reims durch deutsche Truppen im Ersten Weltkrieg, an Guernica sowie an Hiroshima im Zweiten Weltkrieg muss erinnert werden, aber ebenso an die weit über 400 000 Zivilisten, die bei den Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg getötet, und an die 800 000, die verletzt wurden; von der beabsichtigten oder in Kauf genommenen Zerstörung der deutschen Städtekultur ganz zu schweigen.

Die Erinnerungskultur ist trotz dieser Ausblendungen eine der großen politischen und gesellschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland. Zu ihr zählt die fortgesetzte Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur – aber auch die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bewusstseins wie der rechtsstaatlich-demokratischen Kultur in den Einzelstaaten, zu denen unverzichtbare Menschenrechte gehören: Sie müssen für alle gelten und deshalb muss auch an alle erinnert werden, die zu Opfern des ideologischen Fanatismus, aber auch des technisch unbegrenzten Zerstörungswillens des 20. Jahrhunderts wurden. Die Gründung der Bundesrepublik 1949 ist insofern auch eine Antwort auf 1933; 1989/1990 eine Antwort auf 1917 und 1939. Auch das 20. Jahrhundert hat, zum Glück für die nach 1945 Lebenden und Überlebenden, nicht bloß *eine* Identität.